

# Kriegsopfer außen vor

Weltweite Konflikte und deren Folgen spielen bei UN-Generaldebatte keine Rolle. Frieden in Syrien nicht im internationalen Interesse. **Von Karin Leukefeld, Damaskus**

Die jährliche UN-Vollversammlung bot 75 Jahre lang Politikern und Beratern ihrer Mitgliedstaaten Gelegenheit, in den zahlreichen Nebenräumen direkt und persönlich, bilateral oder in Gruppen über Konflikte, Krisen, Kriege, über Vereinbarungen und Strategien zu diskutieren. In diesem Jahr stehen nicht die drängenden, ungelösten Krisen und Kriege in aller Welt und die Spannungen zwischen Groß- und Regionalmächten auf der Tagesordnung. Es geht um das Coronavirus und den Machtkampf zwischen USA und China. US-Präsident Donald Trump teilte in Richtung Beijing, Moskau und Teheran aus, dabei ist es die sich selbst als »Weltmacht Nummer eins« wahrnehmende Nation, die direkt und indirekt für Millionen Flüchtlinge und Inlandsvertriebene in acht der blutigsten Kriege seit dem 11. September 2001 verantwortlich ist.

Eine am 21. September veröffentlichte Studie des Watson Instituts für internationale und öffentliche Angelegenheiten an der US-amerikanischen Brown Universität kommt zu dem Ergebnis, dass die US-geführten »Antiterrorkriege« weltweit nach verhaltenen Schätzungen 37 Millionen Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen haben. Die tatsächliche Zahl könnte allerdings bis zu 59 Millionen betragen, so die Studie »Creating Refugees« (Flüchtlinge schaffen, Vertreibung durch US-Kriege nach dem 11. September 2001) des Instituts – und damit mehr als jeder andere Krieg oder jede Katastrophe seit 1900, den Zweiten Weltkrieg ausgenommen.

Der Mittlere Osten, wo es seit 1945 die größte Zahl von Geflüchteten gibt, trägt dabei die schwerste Last. 9,2 Millionen zur Flucht genötigte Menschen im Irak, 7,1 Millionen Inlandsvertriebene und Flüchtlinge aus Syrien verzeichnet die Studie, die im Rahmen von Untersuchungen über die Kosten des Krieges seit 2001 erstellt wurde. Angesichts dieser hohen Zahlen stellen die Autoren und Autorinnen die Frage: »Wer trägt die Verantwortung für die Wiedergutmachung des Schadens, der den Vertriebenen zugefügt wurde?« Dieser wichtige Punkt spielt bei der diesjährigen UN-Vollversammlung keine Rolle. Die Menschen in Syrien, in den palästinensischen Flüchtlingslagern, im Irak oder



Drei von Millionen: Syrisches Flüchtlingslager nahe der südlibanesischen Stadt Wazzani (14. März)

im Libanon und in den besetzten palästinensischen Gebieten stehen im Abseits.

Syrien und der Konflikt um das Land sind seit Beginn des Krieges 2011 in vielen Gremien der Vereinten Nationen präsent. Mal geht es um die Lage der Menschenrechte, mal geht es um angeblich noch vorhandene chemische Waffen, die Syrien bereits 2012 an die Organisation zum Schutz vor Chemiewaffen (OPCW) zur Vernichtung übergeben hatte. 2016 erhielt Damaskus die Bestätigung, alle registrierten Chemiewaffen vernichtet zu haben, dennoch hält sich hartnäckig das Gerücht, das Land habe weitere solche Waffen versteckt oder produziere sie sogar. Beweise für diese Angaben, die meist von »namentlich nicht genannten Geheimdienstquellen« stammen, gibt es nicht. Doch interessierte Kreise in der UNO bringen das Thema immer wieder auf die Tagesordnung.

Dutzende UN-Hilfsorganisationen bringen seit Beginn des Krieges vor zehn Jahren Hilfspakete zu Menschen, die alles verloren haben. Weil sie – wie das humanitäre Völkerrecht es vorsieht – von Damaskus aus und mit Zustimmung der syrischen Regierung operieren, wirft

man ihnen Korruption vor und dass sie einen »Diktator« unterstützten, »der sein eigenes Volk umbringt«.

Der UN-Sicherheitsrat beschäftigt sich turnusmäßig einmal im Monat mit der humanitären und politischen Lage in Syrien. Zu ersterer referiert meist Mark Lowcock, der Generalsekretär von OCHA, der UN-Organisation für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten und Nothilfe. Nach der öffentlichen Sitzung, die über den Fernsehkanal der UNO im Internet verfolgt werden kann, werden die Monitore für die Öffentlichkeit ausgeschaltet und es geht »hinter verschlossenen Türen« weiter.

Für die politische Lage ergreift der UN-Sondergesandte für Syrien, Geir Pedersen, das Wort. Er ist der dritte UN-Diplomat in diesem Amt. Unter dem Dach der Vereinten Nationen in Genf soll er Vertreter der syrischen Regierung und von der UNO ausgewählte Vertreter von Oppositionsgruppen zusammenbringen. Die Treffen basieren auf der UN-Sicherheitsratsresolution 2254 aus dem Jahr 2015. Deren Vorläufer war das Genfer Abkommen 2012, das die damalige US-Außenministerin Hillary Clin-

ton unterschrieb, um es unmittelbar danach an die Forderung zu knüpfen, dass erst der syrische Präsident Baschar Al-Assad abtreten müsse. Verhandlungen kommen nicht voran, dem militärischen ist ein Wirtschaftskrieg gefolgt, Sanktionen der EU und der USA bringen den Menschen Armut und Hunger, wie sie es nie gekannt haben.

Keines der internationalen Gremien, in denen über Syrien gesprochen werde, habe wirkliches Interesse daran, dass der Konflikt gelöst und der Krieg beendet werde, erklärte der Großmufti von Syrien, Ahmed Badreddin Hassoun, vergangenen Donnerstag im Gespräch mit jW in Damaskus: »Nicht die Arabische Liga, nicht der UN-Sicherheitsrat«. Selbst wenn einige der Mitgliedstaaten der UNO eine Lösung für Syrien erreichen wollten, müssten sie sich den Interessen des militärisch-industriellen Komplexes beugen, der von europäischen Ländern, von den USA, Israel und den Golfstaaten kontrolliert werde. »Ihr Interesse ist Krieg und nicht Frieden«, so Hassoun. »Alle Menschen hier in der Region bezahlen dafür einen hohen Preis.«

## ■ Hintergrund Volk als Geisel

Die EU- und US-Sanktionen gegen Syrien seien »smart« und träfen nur die Regierung, Armee und Geschäftsleute, die den Präsidenten und seine Familie »bei der Unterdrückung der Bevölkerung unterstützten«, heißt es im Auswärtigen Amt. Der notleidenden Bevölkerung werde mit UN-Hilfslieferungen geholfen, das werde jedoch von der Regierung und ihrem Verbündeten Russland be- oder auch verhindert. Diese offizielle Linie wird regelmäßig auch in EU-Gremien und im UN-Sicherheitsrat durch die dortigen deutschen Diplomaten vorgetragen.

In Syrien wird man eines besseren belehrt. »Wenn sie die Regierung bestrafen wollen, sollen sie das tun«, sagte beispielsweise ein Pistazienhändler in Morek, einem kleinen Ort nördlich von Hama vergangene Woche im Gespräch mit jW. Durch den Krieg und wildes Abholzen der kostbaren Pistazienbäume habe man etwa die Hälfte der Bestände verloren. Maschinen und Werkzeug seien gestohlen worden, gut ausgebildete Arbeiter seien bei der Armee, kämpften auf der anderen Seite oder seien über die Türkei nach Europa ausgewandert. »Für uns bedeuten die Sanktionen, dass wir keine Ersatzteile für unsere Maschinen kaufen können, keinen oder zu wenig Dünger und andere Stoffe erhalten, die wir zur Pflege unserer Bäume brauchen. Dann können wir offiziell nicht exportieren und weil die US-Armee unsere Ölfelder besetzt hat, können wir nicht einmal unsere eigenen Bodenschätze nutzen.«

Dennoch gelangen die meisten der syrischen Pistazien auf verschlungenen Wegen nach Europa: »Man zwingt uns, kriminell zu handeln«. Die Ernte 2020 und deren Verkauf seien enorm wichtig: »Wir brauchen das Geld, um für das nächste Jahr zu investieren.« Vor allem müssten neue Bäume gepflanzt werden, um den Verlust durch die vergangenen Kriegsjahre zu ersetzen. Nach Angaben des syrischen Agrarministeriums wurden in diesem Jahr bisher mehr als 500 Tonnen Pistazien nach Kanada und in die EU exportiert. (kl)

## Akuter Benzinmangel

Treibstoffknappheit stellt Syrer vor ernste Probleme. Premier verspricht Verbesserung der Situation

Alle unsere Tanks sind leer«, sagt Nawar, der mit dem Auto des Vaters in einer etwa zwei Kilometer langen Schlange in Mezze, im Westen von Damaskus wartet, dass die Tankstelle wieder aufmacht. »Auch die Tanks der Menschen sind leer! Was sollen wir noch ertragen? Wir können einfach nicht mehr.« Am nächsten Morgen ist er um sechs Uhr wieder in der Autoschlange, die über Nacht um mindestens einen Kilometer länger geworden ist. Niemand wisse, warum das Benzin auf einmal wieder so knapp geworden ist, sagt der junge Mann. »Die einen sagen, die Raffinerie in Banias wird repariert, die anderen sagen, die Kurden lassen keine Öllieferungen von unseren Ölfeldern in Haska zu.« Wieder andere machten die

Regierung verantwortlich, die einfach keinen Plan habe, wie das Benzin – das aus den beiden einzigen Raffinerien des Landes in der Hafenstadt Banias und Homs kommt – am effektivsten im ganzen Land verteilt werden könne.

Seit Anfang September gibt es in Syrien kaum Benzin. Damaskus, Homs, Hama und Aleppo sind zu großen Parkplätzen geworden. In Zweier- und Dreierreihen parken die Fahrzeuge vor den Tankstellen, schlängeln sich um Kreisverkehre und Häuserblocks und warten, bis die Pumpstationen wieder arbeiten. Übers Internet informieren sich die Syrer gegenseitig, wo man nicht lange warten muss oder wo die Tankstelle erst gar nicht geöffnet ist. Wegen der langen Wartezeit parken viele ihre Fahrzeuge einfach in der

Schlange und gehen nach Hause.

In Aleppo wurde ein besonderes System eingeführt. Manche Tankstellen sind ausschließlich für Taxis, Kleinbusse und Transporter geöffnet, andere sind für Regierungsmitarbeiter und/oder Armeeingestellte. Ansonsten sind die Zapfsäulen frei für alle, sofern es dort Benzin gibt.

Öffnet die Tankstelle schließlich mitten in der Nacht oder am frühen Morgen, werden die Autos mit den 30 Litern gefüllt, die den Besitzern der erforderlichen Smart-Card alle vier Tage zustehen. Das Kontingent an Benzin pro Monat ist auf 200 Liter begrenzt. 100 Liter gibt es zum subventionierten Preis von umgerechnet rund 10 Cent pro Liter. 100 Liter gibt es zum »freien Preis«, der doppelt so hoch

ist. Den Rest muss man sich auf dem Schwarzmarkt besorgen, wo 20 Liter zwölf Euro und auch mehr kosten.

Der Benzinmangel verschärft die ohnehin schlechte Wirtschaftslage. Transportpreise für den Personenverkehr und für Nahrungsmittel steigen in die Höhe. Der öffentliche Nahverkehr ist hoffnungslos überlastet und erhält auch keinen Treibstoff. Wer keine andere Möglichkeit hat, läuft zu Fuß: zur Arbeit, zum Krankenhaus, um Freunde zu besuchen. Der syrische Ölminister Bassam Tuma machte am 21. September gegenüber dem Hisbollah nahestehenden libanesischen Nachrichtensender *Al-Manar* »Söldner der USA« dafür verantwortlich, die aus dem Nordosten des Landes »Öl ins Ausland schmuggeln«.

Endlich, am vergangenen Donnerstag beantwortete Ministerpräsident Hussein Arnus Fragen der Abgeordneten. Arnus bestätigte, dass die Raffinerie in Banias derzeit nicht in Betrieb sei, weil dringend erforderliche Wartungsarbeiten durchgeführt würden. Sieben Jahre sei die Anlage nicht gewartet worden, was als schwerer Fehler des Ölministeriums eingeräumt wurde. Die Raffinerie in Banias, die durch unter Wasser verlegte Pipelines Öl von Tankern abtanken kann, die zu groß sind, um in dem kleinen Hafen anzulegen, sei wiederholt Ziel von Angriffen geworden. Am 1. Oktober sollen die Wartungsarbeiten beendet sein, dann werde sich die Benzinversorgung im ganzen Land wieder verbessern.

Karin Leukefeld, Damaskus